

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst
für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Preis monatlich 20 Pf.
Durch die Post bezogen einschließlich N. 2. 75, unter Kreuzband für Deutschland und
Österreich-Ungarn N. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Zingststraße 14, II. Tel. 3445.
Erscheinung am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Zingststraße 14. Tel. 1768.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die halbjährige Periode mit 50 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher
Abrechnung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Interessante müssen
bis spätestens 1/11 Uhr früh in den Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Donnerstag den 25. Januar 1912.

23. Jahrg.

Zwischen Trotz und Wut.

Die Wortführer der reaktionären Parteien sind durch das Wahlergebnis in schärfster Weise in Schrecken über das Ansehen der roten Partei. Aber darüber hinaus wissen sie nicht, wie sie sich zu der neuen Situation eigentlich verhalten sollen und wie sich die Reichspolitik nun gestalten mag.

Von der Regierung Bethmann-Hollweg kommt den Parteien natürlich am allerwenigsten irgendeine Erleichterung. Die Regierungsgorgane schweigen in allen Tonarten. Sie wissen selbst ganz und gar nicht, was werden und gehen mag.

Charakteristisch für den Wirrwarr, der nun in jenen Lagern ausgebrochen ist, sind die Meinungen wie sie einerseits die Zentrumspresse, andererseits ein Blatt wie die rechtsnational-liberal-freikonservervativen Hamburger Nachrichten vom Stapel lassen.

Die königliche Volkszeitung, das leitende Zentrumblatt, läßt sich auf der Seite sanfter Tröstungsversuche nicht nicht so schillern gekommen, wie es „die Linke“ geglaubt habe, die Schwarzblauen feierten zwar geschwächt, aber doch noch stark genug in den neuen Reichstag zurück. Das Zentrumblatt schreibt:

„Das heißt ist also, daß die erträumte liberal-sozialdemokratische Mehrheit nicht erreicht werden wird, daß aber immer in diesem „Auswahld“ die sozialdemokratische Partei zureichend sein wird. Dabei sind wir uns wohl bewußt, daß wenigstens in der national-liberalen Reichstagsfraktion eine Anzahl von besonnenen Männern sitzen wird, die von einer Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie nichts wissen wollen. Wie groß die Zahl dieser Männer wird und ob sie gegenüber dem Einflusse des fanatischen Jung-beralismus sich innerhalb der national-liberalen Fraktion Stellung zu verschaffen vermögen, bleibt abzuwarten. Auf der anderen Seite stehen in Kulturfragen vorwiegend das Zentrum mit 93-94, die Konservativen mit etwa 43, die Reichspartei mit 13 oder 15, die kleineren Gruppen der Rechten mit 13, die Arbeiter und Arbeiterinnen mit 7, die Deutsch-Hannoverscher mit 5, sowie die Polen mit etwa 19 Mandaten. Das sind zusammen rund 200 Mandate. Es treten aber noch einige Fraktionen hinzu. Mit der „Reaktion“ der sogenannten „Schwarzblauen“ Mehrheit ist es nicht eine Sache. Allerdings bilden diese Gruppen insgesamt eine geschlossene Mehrheit. Das wird aber auch auf der linken Seite des Reichstages nicht der Fall sein. Die Regierung ist am Ende dieses Reichstages ohne jede sichere Mehrheitsgruppierung nicht in einer beneidenswerten Lage. Sie wird ihre Weisheit von Fall zu Fall suchen müssen.“

Die Zentrumskräfte haben also anscheinend ein noch ungünstigeres Fazit der Wahlen erwartet. Sie haben auch an der Tat nicht ganz Unrecht, wenn sie die Liberalen darüber warnen, daß die erträumte neue Mehrheit doch nicht zuhande komme. Denn die Liberalen, besonders die National-liberalen haben in der Tat die völlige Niederlage der schwarzblauen Parteien verhindert. Die National-liberalen haben so viel Anteil an der konservativen Epischgesellen des Zentrums ausgedrückt, daß das Zentrum auf die Fortsetzung der schwarzblauen Politik spekulieren kann. Allerdings würde die schwarzblau Mehrheit, die das Zentrumblatt herausredet, nur möglich sein durch den Zusatz der kleinen Parteigruppen, der es nicht nur, sondern auch der Weissen und Elbisch-Lothringer. Das heißt aber nichts anderes, als daß den Konservativen gegenüber wird, mit denselben zusammenzugehen, die sich von ihnen als „Reichsteine“ bezeichnet werden.

Das Zentrum wird sich trotz seiner Tröstungsmedien nicht darüber täuschen, daß die Reichstagswahl ihm eine schwere Niederlage bereitet hat und daß die schwarzblau Reichstagsfraktion vernichtet ist. Auch wollen wir diese Partei heissen, denn sie vertritt die wirkliche Situation durch Schindlerberei zu verlässlichen, daran erinnern, daß die parlamentarische Macht, die sie sich aus diesen Wahlen erweilt hat, lediglich auf dem schwächlichen Unrecht der ungleichen Wahlkreisverteilung beruht. Wenn auch die „erträumte liberal-sozialdemokratische Mehrheit“ — infolge des national-liberalen Verrats — nicht so zustande kommt, wie es nötig wäre, so wird doch das Schwergewicht der überherrschenden Stimmenmehrheit, die hinter den liberalen Parteien und ganz besonders hinter der Sozialdemokratie liegt, unendlich unterschätzt bleiben können. Die Regierung muß dem Willen des Volkes, wie ihn der am 12. Januar gewaltig offenbart hat, Folge leisten. Sie muß die dringenden Volkserfordernisse erfüllen. Würde die Regierung glauben, daß hinter der national-liberalen Volkszeitung ausgeflügelten geträumten Mehrheit von Konservativen, Zentrum, Polen, Weissen und Elbisch-Lothringern in Reaktionärpolitik fortbetreiben zu können, so würde die große Volkserhebung immer mehr und mehr sich entwickeln und schließlich alles Schwarzblau samt seinen Helfershelfern niederreißen!

Die Tröstungen des gleichseitigen Zentrumblattes sind nicht nach dem Herzen der Draufgänger und Scharfmacher, das diesen brüht unerschütterlich die Hut über das schreckliche Wahlergebnis. Der parlamentarische Reichshofe erhebt sich in Revolutionenphantasien und ruft nach dem Wonne, der nicht über, sondern handelt unbestimmt um das Wohlgefallen der „reife“ Masse. Die Hamburger Nachrichten, das einflussreiche Biemarck-Repit, lächeln jenseits nach Aufhebung des Reichstages. Es ist doch nicht ganz über-

flüssig, die Zweierreihen dieser Gewaltpolitiker zu beachten; das Blatt sagt u. a.:

„Wird die Regierung den philosophischen Gleichmut, hinter den sie bisher ihre Verantwortlichkeit hat zurücktreten lassen, so weit treiben, einen Reichstag ruhig zu akzeptieren, in dem die Sozialdemokratie die stärkste Partei ist und mit ihrem Anhang die Situation beherrscht, und in dem Herr Bethmann beanspruchen kann, den Sieg des ersten Präsidenten einzunehmen? Wird sie sich nicht endlich auf ihre Pflicht besinnen und der Sozialdemokratie den Ernst zeigen, den sie verdient, und ihr gegenüber von Worten zu Taten übergehen? Inwiefern Erachtens ist es für die Regierung durchaus geboten, sich diesen Reichstag nicht ruhig gefallen zu lassen, sondern ihn aufzulösen, sobald seine Bildung vollendet ist. Die Regierung darf sich angefaßt dieses beschämenden und gefährlichen Wahlergebnisses nicht wieder hinter ihr bekanntes laissez faire, laissez aller verbergen und dem deutschen Volke die Verantwortung für alles Weitere zuschieben. Sie darf jetzt der Sozialdemokratie gegenüber nicht wieder versagen, wie sie es in diesen Tagen bei der Frage des Schusses der Arbeitslosen leider getan hat. Wir erwarten von ihr nicht die Anwendung eines heroischen Mittels, wie es Herr Biemarck empfohlen hat, als er sagte, er habe das Vertrauen zum deutschen Volke, daß es das gültige Wahlrecht abändern werde, wenn sich herausstellen sollte, daß es schädlich wirkt. Er hat wohl, als er diese Worte niederredete, auch kaum mit der Möglichkeit gerechnet, daß er eins in philosophisch-apathische Nachfolger haben würde, wie sie jetzt am Ruder sind. Wir erwarten, wie gesagt, von der gegenwärtigen Regierung keine Besserung des Wahlrechts, wohl aber die Anwendung aller verfassungsmäßigen Mittel, die sie darbieten, um dem roten Spul ein Ende zu machen. Das nächstgebende Mittel aber besteht in der Auflösung des Reichstages. Preislich ist es damit nicht allein genug, sondern die Regierung muß auch entschlossen sein, in der neuen Wahlbewegung energisch an die Spitze des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu treten, um das ganze nationalsozialistische Bürgerturn geschlossen gegen die Linkspartei zu führen. Diese Aufgabe zu lösen ist nicht schwer, wenn man den hellsten Mut in Betracht zieht, den das deutsche Völkertum jetzt erheben hat. Handelt die Regierung anders, als oben gesagt, so muß sie bei allen deutschen Patrioten den letzten Rest des Vertrauens einbüßen, den sie jetzt noch genießt. Was aber dann, auf wen soll die Regierung dann noch zählen? Man mag die neue innerpolitische Lage vorsehen wie man will, es bleibt unersetzliches Gutes aus ein Mittel übrig, sie zum Gegen des Vaterlandes zu lösen: die Auflösung des roten Reichstages.“

Das Beste wäre also, wenn der Kaiser selbsten einen der Hintermänner des Hamburger Schornsteinmaderbates zum Kanzler machen würde. Dieser starke Mann muß sich dann an der Lösung der Aufgabe versuchen, die gar nicht so schwer sein soll. Er soll nach Einführung des kaum genährten Reichstages sich an die Spitze des national gestimmten Bürgerturns setzen und die Linkspartei vernichten.

Der schornsteinmaderische Wille an solcher Politik ist reichlich vorhanden, nicht bloß in den Redaktionen des Hamburger Blattes, des Reichshofes und ähnlicher Gazetten, sondern gewiss auch in gewissen höheren politischen und militärischen Kreisen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß es irgendeinen verantwortlichen Staatsmann gelingen könnte, auf die Reichstagsfraktion der Weissen einzufallen. Die Regierungen des Reiches werden sich wohl selbst sagen, was sie ernten würden, wenn sie dem am 12. Januar kund gewordenen Volkswillen mit einer Politik der Kaseri entgegenzutreten wollten.

Die Regierungen wissen wohl sehr recht gut, daß am wenigsten die Sozialdemokratie von einem neuen Appell an die Wähler zu bestärken hätte. Das deutsche Volk will, daß der Gesetz in Beratung nimmt zur Vereinfachung drückender Lasten, zur Wehrung der Volkswirtschaft, zur materiellen und kulturellen Förderung der arbeitenden Massen. Dies sind die Forderungen des Tages! Und wer sich verweigert, sich ihnen in den Weg zu stellen, den wird das deutsche Volk austilgen!

Hörbei an den entlassungsvollen Tröstungslebern des geschlagenen Merkantilismus und hinweg über die freiden Potentatenden der verbliebenen Reaktionäre soll der neue Reichstag zur Arbeit schreiten! Zur Arbeit für die Freiheit und das Wohlergehen des ganzen werktätigen Volkes!

Die Stichwahlen.

Die letzten Entschreibungen.

Am heutigen Tage finden noch folgende 33 Stichwahlen statt:

Schweg, Tilling, Marienburg, Potsdam - Spandau - Osthavelland, Landsberg - Soldin, Frankfurt a. d. Oder - Lebus, Pfläschau - Arzleben, Guben - Lübben, Sorau, Kalau - Ludau, Krotzschin, Striegau - Schwedt, Cappel, Grünberg - Freytag, Glogau, Lüben - Punglau, Piesnitz - Hoyers, Schönewitz - Döbriß, Salzwedel - Gardelegen, Lorzau - Liebenwerda, Schwedt - Wittenberg, Sangerhausen - Gartzberg, Querfurt - Werleburg, Nordhausen, Dornburg, Alena - Merzbach, Vochum - Belienfirden, Dornmund, Vermer - Remscheid, Uckeritz - Varnen, Düsseldorf, Eilen, Wülheim - Duisburg, Nödes - Nees.

Die letzten Stichwahlparolen.

Die Antifemiten in Nordhausen proklamieren für die Stichwahl zwischen Dr. Eohn (Soz.) und Dr. Biemarck (Soz.) folgende Wahlparolen:

Die National-liberalen von Elberfeld - Varnen beschließen einstimmig ohne Widerspruch folgende Stichwahlparole: Die National-liberalen Partei von Elberfeld - Varnen fordert ihre Wähler auf, am Donnerstag in der Stichwahl Mann für Mann für den Freikonservervativen einzutreten. Diese Parole soll durch tätige und intensive Arbeit für den Freikonservervativen unterstützt werden, damit Donnerstag das schwarzweisse Banner über dem Stuppertale Rastert. Die National-liberalen werden aufgefordert, ebenso tätig für die Wahl Eohn einzutreten, wie seinerzeit für die ihres eigenen Kandidaten Dingmann.

Die fortschrittliche Volkspartei hat mit überarother Mehrheit Stimmensatzung für die bevorstehende Stichwahl beschlossen, da das Endziel des Liberalismus die Zertrümmerung des schwarzblauen Blockes ist, die jetzt auf des Meisters Schmelde steht. Diese Aufgabe des Liberalismus wäre im Wahlkreis Elberfeld natürlich gegenwärtig nur durch die konsequente Stichwahlparole für den Genossen Eohn zu erfüllen.

In Vochum rief der sozialdemokratische Wahlsieger in Köln nach der Post große Erregung hervor. Bei den Anhängern des Zentrums ist die Stimmung: Rache für Köln! Das Köln für Biemarck-Rettmann entscheidend ist, hat das Zentrum schon offiziell erklärt.

In Nödes - Nees beschließen die Konservativen nach einer Ansprache Dr. Eohns die Unterstützung des Zentrums gegen die Nationalliberalen.

In Eifen protestierte Dienstagabend eine von mehr als 3000 Personen besetzte Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei gegen das Wahlkompromiß zwischen National-liberalen und Zentrum. Referenten waren Rechtsanwalt Dr. Eohn und Dr. Vorkhoff - Düsseldorf. Die Parole: Für die Sozialdemokratie und gegen das Zentrum! wurde mit gemittelter Begeisterung aufgenommen. Die Nichtstimmung über den Wahlschacher der Liberalen mit dem Zentrum ist allgemein.

Der Vorstand der vereinigten Konservativen in Neesburg - Querfurt stellt seinen Parteikern in der Stichwahl zwischen dem Reichstagen Eohn und dem Sozialdemokraten Eohn die Stimmensatzung frei, doch dürfte keine Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben werden.

In Salzwedel - Gardelegen klammern die 2500 Sozialdemokraten geschlossen für den Bauerwähler Eohn gegen den Konservativen Krotzer. Vorheres Wahl scheint also gesichert zu sein.

Der Schacher um Rheinland-Westfalen.

Dem Berliner Tageblatt wird aus Düsseldorf gemeldet: Wie ich aus unbedingt sicherer Quelle erfahre, ist beabsichtigt, in einer der nächsten Sitzungen des Düsseldorf Stadtrats einen Zentrumsantrag Folge zu leisten, nach dem den sterilen Mädchenkuren, deren Lehrerinnen sich aus Ordensschwüren zusammenschließen, aus städtischen Mitteln Subventionen gewährt werden sollen. Der liberale Deputierte für das Schulwesen ist gegen diese Unterstützung, die allen bisherigen Geschehnissen liberaler Stadtverwaltungen widerspricht. Herr Justizrat Kreher, der gewesene national-liberale Kandidat, gibt sich alle Mühe, seine „liberalen“ Kollegen zur Annahme des Zentrumsantrags zu bewegen. Die liberale Stadtverwaltung von Krefeld hat beinahe eine derartige Annahme des Zentrums kürzlich zurückgewiesen.

Ein wertvolles Geständnis.

Die Germania veröffentlicht einen feinen Brief über die Niederlage des Zentrums. Da ist zu lesen:

Wenn nicht sofort am Tage nach der Hauptwahl einige hundert rechtsliberalen Männer, die den Ernst der Lage durchschaute, den Anruf für Trübsinn, ohne die Stellungnahme der liberalen Parteileitung abzuwarten, veröffentlicht hätten, wäre in der national-liberalen Versammlung am Freitag nach der dort zum Ausdruck gelangten Stimmung offen die Parole für rot ausgegeben worden. Aber man durfte diese rechtsliberalen Männer, die zu den selbstkritischsten der national-liberalen Partei zählen, nicht vor den Kopf stoßen und konnte bei der Parole, die Stimmabgabe für den Wähler freizustellen, um so ungebundener dem Zentrumshof — denn der allein war die treibende Kraft der liberalen Wähler — treten lassen und nahezu Mann für Mann den Sozialdemokraten wählen.

Also: die Maßgebenden in der national-liberalen Parteiorganisation sind die Reichen, und die Reichen sind für das Zentrum!

Eine Ermahnung des Fortschritts.

Die der Parteileitung der fortschrittlichen Volkspartei naheverwandte freisinnige Zeitung kennzeichnet die Lage für den dritten Stichwahltag wie folgt:

Von den 33 Stichwahlen des dritten Stichwahltages vollziehen sich vier zwischen Angehörigen des Antiblock. Unter allen Umständen wird daher der Block, der schon jetzt 185 Mandate besitzt, 189 Reichstagsabgeordnete zählen, der Antiblock 191. Bei den übrigen 16 Stichwahlen handelt es sich darum, ob ein Angehöriger des Blocks oder des Antiblockes siegen wird. Diese 16 Wahlen geben die Entscheidung. Wenn nur 10 davon für die reaktionären Parteien günstig ausfallen, erhalten sie 199 Sitze und damit die absolute Majorität im Reichstag. Unsere Freunde im Lande erleben hieraus, daß der definitive Ausgange der Reichstagswahlen auf des Meisters Schmelde steht. Was sie zu tun haben, ist ihnen in der Stichwahlparole des Geschäftsführenden Ausschusses der fortschrittlichen Volkspartei klar und deutlich vorgezeichnet: Der blau-schwarze Block muß zertrümmert werden! Keine Stimme einem Freikonservervativen, Merkantilisten, Antifemiten oder

was sonst noch zu den Kolligatoren des blauschwarzen Blocks gehört! Wird diese Parole — und wir erwarten das mit aller Bestimmtheit — von den Anhängern der Fortschrittlichen Volkspartei streng befolgt, dann gelangt es, das Ziel des Kampfes zu erreichen. Darum: alle Mann auf! Auf zur Niederwerfung des blauschwarzen Blocks.

Beamtenstreik.

Ein „unabhängig geworbener Beamter“ richtet in der Predlauer Zeitung folgende, recht seltliche offene Anfrage an die Regierung: „Die konservative Partei hat als Parole für die Stichwahl in vielen Streifen freie Wahlenthaltung gegenüber dem Liberalen ausgesprochen, der im Kampfe mit dem Sozialdemokraten liegt. Wie habe ich mich als Beamter zu verhalten, ohne Gefahr zu laufen, entweder wegen Wegfälligung der Sozialdemokratie mit einem Disziplinarverfahren zu bestrafen oder wegen Nichtbeachtung der — für den Beamten ja maßgeblichen — konservativen Parole beider für mein dienstliches Fortkommen ausschlaggebenden Faktoren in Mitleidenschaft zu kommen?“

Konservative Wahlarbeit.

Der infame Terrorismus der Konservativen im Osten ist aus tausend Schilderungen nur allzu bekannt. Die Wahl in Neuenhof, Wahlkreis Stolp-Lauenburg, lieferte neue Beiträge zu dem Kapitel: „Wie konservativ siegen“. Unsere Zeitungsverleger wurden mißhandelt und fortgejagt. Dann verteilte unser Kandidat, Genosse Siegfeld, selbst Zettel. Er wurde von den konservativen Agitatoren in gemeinlicher Weise angepöbelt, und sein Gesuch an den Wahlvorstand, doch wenigstens im Wahllokal Ordnung zu schaffen, war vergebens, obgleich der Gemeindevorsteher und Polizeichef selbst im Wahlvorstand saß. Schließlich wurde unser Genosse von einer heimtückischen Horde „Staatsverhelfer“ in eine Ecke gedrängt und dann durch Fußtritte so erbarmlich mißhandelt, daß schließlich eine Anzahl Genossen herbeieilen mußte, um dem sozialdemokratischen Kandidaten ungehinderten Abzug verschaffen zu können. So siegen die Stützen von Thron, Altar, Sitze und Autorität. Schwarz-weiß-rote Notizen.

Im Wahlkreise Stendal-Osteburg hat bei der Stichwahl am Montag der Konservative Hoersch über den bisherigen Mandatsinhaber, den national-liberalen Redakteur Fühmann den Sieg davongetragen eine Folge der von den Sozialdemokraten geleisteten Stimmenthaltung. Die Konservativen hatten aber trotz der sozialdemokratischen Parole die zum letzten Augenblick wenig Hoffnung auf ihren Sieg. Darum haben sie wohl auch in ihrem letzten Flugblatt die schändlichen Wähler mit Besatz bedroht, wenn sie sich nicht der konservativen Kandidatur freundlich gegenüberstellen.

Den Schluß des Flugblattes bildet eine Bemerkung, daß die zahlreichen Unterschriften zu dieser Erklärung zur Einsicht auslagern. Als einige Mitglieder von der national-liberalen Parteileitung in die Liste Einsicht nehmen wollten, erhielten sie zur Antwort, daß die Liste an die Berliner Zentralkasse der Konservativen weitergegeben worden sei.

Wenn die Konservativen wieder einmal über sozialdemokratischen Terrorismus greifen, wird man ihnen auch diesen Fall in die Erinnerung zurückrufen können.

Zu dem sozialdemokratischen Kandidaten für Stendal-Osteburg war bekanntlich, wie wir mittelst, ein Mann, der sich als „Müller aus der Altmark“ und konservativer Parteigänger vorstellte, gekommen, um unsere Genossen zu bewegen, für die Stichwahl den sozialdemokratischen Wählern Stimmenthaltung zu empfehlen. Es kame ihm auf 1000 W. nicht an, setzte er hinzu. Jetzt setzt der konservative Kandidat Hoersch — inzwischen ist er Abgeordneter geworden — eine Belohnung von 1000 M. demjenigen aus, der ihm diesen Herrn „Müller aus der Altmark“ nachweist. Niemand habe die Sozialdemokraten bewegen wollen, für Hoersch zu stimmen. Das ist einmal etwas ganz anderes, als Herr „Müller aus der Altmark“ wollte, und zum andern werden die Konservativen schon vorsätzlich genug gewesen sein, um dem vorzubeugen, daß ihnen der offizielle Versuch des Kaufs sozialdemokratischer Stimmen nachgewiesen werden könnte.

Die Parteilistung der Liberalen Westfalens in Ostfriesland erhielt von einem liberalen Wähler vom Gute des Medienburgschwerfisch Ministerpräsidenten, Grafen Wasserburg-Debegow, folgender Hilferuf, indem wir gewisse Merkmale, die zur Entdeckung des Schreibers führen könnten, weglassen:

„Westf. . . Januar 1912. Geachteter Herr! Ich teile Ihnen mit von der Wahl in Westfalen bei Letzerum in Westfalen. Der Graf v. Wasserburg hat dort drei Wähler und der Oberinspektor hat zu mir gesagt, was ich gemacht habe. Er sagt, wer nicht wählt wie der Herr ist (der Herr ist konservativ), und ich habe liberal gewählt, und der Inspektor sagt, wer nicht konservativ wählt, freigt zu Ehren den Schein und kann weiter reisen. . . und ich habe schon. . . mal gewählt, immer liberal gewählt und das soll ich nicht. Ja, habe gewählt Gutsdankhager Dr. Wendorf-Teil, und hier sind noch mehr, wo er aus dem Brot will kosten. Meine Adresse ist. . . Aber bitte nicht sagen, daß ich geschrieben, nicht namhaft machen. Der Inspektor heißt Teed. Bitte eine Antwort hab.“

Aber wie wird der konservative Geppreffer über freigelebenswirtschaftlichen Terror zu schreien verstehen!

Deutsches Reich.

Wittelafrika deutsch.

„Wittelafrika deutsch!“ ist der neueste Schlachttruf unserer alldeutschen Kolonialschwärmer. „Was ist des Deutschen Vaterland?“ fragen sie. „It's Kamerun, it's Kongo und?“ und antworten mit patriotischer Hebräisierung: „O nein, das Vaterland muß größer sein!“ Ganz Wittelafrika muß deutsch werden. Es gibt natürlich keine alldeutsche Parole, bei der nicht Herr Claß der erste an der Spitze wäre. Dazu ist er ja Vorstehender des alldeutschen Verbandes. So veröffentlicht er unter der Heberschrift „Wittelafrika deutsch!“ einen Artikel in der Post, in dem er nach allerhand „erkenntnis“, „zweitens“ und „drittens“ zu folgendem „Wierentens“ gelangt:

„Wierentens aber sollte, wo alle Welt im Reich sich darüber einig ist, daß wir eine Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes nötig haben, und wo diese Notwendigkeit gerade erst von verantwortlichen Staatsmännern der in Betracht kommenden Mächte anerkannt worden ist, der Augenblick dazu auszunutzen werden, um diese Vergrößerung durchzuführen. Jeweilich was jetzt in Afrika an Gebieten herfür in Betracht kommt, wird die unvollständigen Zwecke nicht erfüllen, wie dies bei Westmarokko der Fall gewesen wäre, insbesondere werden sie für Setzungsstationen nicht brauchbar sein. Aber unser wirtschaftliches Leben braucht Abgabsgebiete und solche sind den Bezug wichtiger Rohstoffe usw. Wie solche werden Spanisch-Guinea und die portugiesischen Kolonien ihren Wert haben und deshalb muß der Ruf an die Regierung gerichtet werden, den Erwerb dieser Länder zu betreiben.“

Ein gebildetes Volk will politisch vorwärts kommen, will Ziele seiner Entwicklung sehen, will ihnen zustreben, das was doch gewiß der wahre Grund, weshalb mit einem Schlage eine nationale Westmarokkopolitik von der großen Weisheit unseres Volkes sibirisch verlangt wurde und dieses Bedürfnis wird befriedigt werden, denn jetzt eine Erweiterung des deutschen Kolonialreiches in Wittelafrika durchgeführt wird.

Das ist derselbe Herr Claß, der vor ein paar Monaten unter dem Schlachttruf „Westmarokko deutsch!“ als patriotischer Don Quichotte in die weltpolitische Arena trabte. In seiner Proschüre, die das alldeutsche Hahnentwort — „Westmarokko deutsch!“ — auf schwarz-weiß-rot-rot-rot umschlägt trägt, heißt es auf Seite 21:

Der treibende Anlaß ist die oben bergelegte Notwendigkeit, für unseren Bevölkerungszuwachs ein Gebiet zu sichern, in dem die abziehenden Volksgenossen als Deutsche unserem Vaterlande erhalten bleiben. Dieser Notwendigkeit kann eine tropische Kolonie nicht dienen — solcher haben wir genug, und wir lehnen den tropischen Konto dankend ab; daß ein oder mehrere Häfen dem gedachten Zwecke nicht genügen, braucht gar nicht erörtert zu werden.

Und auf Seite 35:

Es sei daher mit aller Entschiedenheit ausgesprochen: daß gewaltige Kolonialreiche am Äquator, von dem aus gesprochen wird, kann niemand verleiten, denn wir brauchen und wollen keine tropische Kolonie, die vielmehr ein Gegenstand großkapitalistischer Ausbeutung, niemals aber zur Ansiedelung unseres Volkstüchtstages benutzt werden kann.

Herrn Claß' plötzliche Begeisterung für die innerafrikanischen „Abgabsgebiete“, nach jedem englischen Dorf legen wir gebummal so viel ab, als je nach Wittelafrika exportiert werden könnte, zeigt wieder einmal, von welchem Geist die alldeutsche Kolonialpropaganda geleitet wird. Daß man irgend ein Objekt zur internationalen Volkerverbeugung findet, ist die Hauptsache, mag das Objekt ausfallen, wie es will.

Geht es m' Westmarokko nicht, so ist das erst so verlästerte Wittelafrika zu solchen Zwecken auch gut genug. In der Rot fröhrt der Teufel Kettenfesseln.

Wassermanns Wasserung.

Herr Wassermann, der Führer der Nationalliberalen, hat am 22. Januar, nach seiner Wahl in Saarbrücken, dort eine schöne Rede gehalten, in der er nach der Mitteilung der Römischen Zeitung gelagt haben soll:

„Ich werde es nie vergessen, wie wacker und eifrig mir das Bürgerium in Stadt und Land wie unerschrocken mit der Arbeiterschaft zur Seite stand im Kampfe gegen Klerikalismus und Dunkelmänner. Die national-liberale Partei hatte diesmal einen schweren Kampf zu bestehen: nach zwei Fronten mußte mit aller Kraft gekämpft werden. Erst die Stichwahl werden das endgültige Ergebnis dieses Kampfes erbringen. Aber das eine steht schon heute fest: die Zahl der liberalen Stimmen ist um ein beachtliches gewachsen. Und letzten Endes muß und wird die Stimmenzahl das Entscheidende sein. Und mit der Zahl der Stimmen ist die Erkenntnis für die einzig fruchtbringende Politik gewachsen. Wer heute noch nicht erkennt, daß Deutschland in liberalen und sozialen Sinne regiert werden muß, der ist ein politischer Blinder. Der schwarzblaue Bloß darf nicht weiter regieren, falls nicht unter Vaterland'schweren Schaden nehmen. Darum muß der Liberalismus auch fernerhin gerichtet auf der Schanze stehen. Ob Sieg oder Mißerfolg, er darf nicht fliehen. Mit jeder Genehmigung aber erfüllt es mich, daß auch Männer anderer Parteien mit ihre Stimme geben, ohne mir vorher irgendwelche Forderungen vorzulegen. Das eine aber verheißt ich hier aus neuer: daß ich stets und unermüdet kämpfen werde gegen Reaktion und Rückschritt und mit aller Kraft einwirken werde für Fortschritt und gesunde Freiheit und vor allem für eine gute Staatsform. Ich war mir sehr bewußt, daß es notwendig und unerlässlich ist, dem deutschen Volke Vertrauen entgegenzubringen, daß man es nicht beinträchtigen darf durch Ausnahmeregeln, sondern durch freudwillige Selbsteinschränkung ihm Gelegenheit geben soll, seine rechte Kraft in vollem Maße zu entfalten.“

In einer zweiten Ansprache kam Herr Wassermann in der Verantwortung eines Voreinweisers, nochmals auf das Ergebnis der Hauptwahl, indem er ausführte: „Er werde sich auch ferneren von sozialen und volkswirtschaftlichen Grundgedanken leiten lassen. Wenn es nunmehr feststehe, daß die sozialdemokratische Partei in diesem Wahlgange über 4 Millionen Stimmen zählte, dann möchte man doch auch dringlichst wünschen, daß aus den Köpfen mancher Wähler alle dieserart hochpolitologischen oder wenig fruchtbringenden politischen Regungen hinweggefegt und an ihre Stelle volkswirtschaftliche Vorkommnisse treten mögten. Die Werbererschaft des schwarzblauen Blocks dürfte nunmehr wohl befestigt sein, auch wenn der Liberalismus nicht in der Stärke wiederkehrt, wie es dringlich zu wünschen wäre.“

Der Herr Wassermann hat's dennach ganz gut vor. Die Frage ist nur, ob er bei seiner Partei die notwendige Unterstützung für eine volkswirtschaftliche Politik findet. Bisher war bei den Nationalliberalen nicht gerade viel Neigung dafür vorhanden, für die Rechte und Interessen der Volksmassen einzutreten. Wenn es im neuen Reichstag besser sein sollte, uns kann's nur recht sein.

Die schwarzblauen Nationalliberalen.

Wie in Sachsen, so haben auch in Württemberg die Nationalliberalen ein schändliches Spiel mit dem Liberalismus gespielt. Sie haben verschiedene Wahlkreise derselben schwarzblauen Reaktion ausgeliefert, deren Verkümpfung sie vor den Stichwahlen als Lösung ausgegeben hatten. Es wird uns darüber aus Stuttgarter geschrieben:

Schlimmen Verrat beging die Nationalliberalen zwischen dem Haupt- und den Stichwahlen. In ihrer ständischen Abhängigkeit vom Bund der Landwirte ließen sie die liberale Einigung im Wellenheimer Kreis in die Brüche gehen und gaben die Stichwahlparole für den konservativen Dr. Wolff aus, während die Volkspartei empfindlich für unsere Genossen Feuerstein eintrat. Von besonderem Reiz ist, daß die national-liberalen Mannesleuten, die sich in wilder Eile von ihren sozialdemokratischen Verbänden trennten, im ersten Wahlgang Kaufmann-Wähler gewesen waren. Im Heilbronner hat dieser echt national-liberale Streich glücklicherweise keinen Schaden anrichten vermocht; die Sozialdemokratie legte mit 18.198 Stimmen gegen 14.258, die der Konservativen erhielt.

Aber die national-liberale Devoute nahm den Charakter eines politischen Scherzstückes an durch die Vorgänge im 11. Wahlkreis, in dem der knispelose Wünder Vogt-Hochstein in der Stichwahl gegen den Volksparteier Schöck kämpfte. Die Sozialdemokratie, die hier 4900 Stimmen erhielt hatte, gab die stramme Parole aus: Gegen den schwarzblauen Bloß, für den Volksparteier! Es befehlt kein Zweifel, daß die sozialdemokratischen Wähler dieser Parole gefolgt sind, zumal wußte Eingestritt unter unseren Genossen herrschte. Damit hätte der Volksparteier mindestens 11.300 Stimmen bekommen müssen, gegen 9650, die der Wünder im ersten Wahlgang erhalten hatte. In Weiskirchen flogen aus dem Volksparteier bei der Stichwahl nur 10.776, während der Wünder mit 11.915 wiedergebühlt wurde. Wie das zuzugewagen? Wegen der Unterstüßung der Sozialdemokratie durch die Volkspartei im Nachwahlkreis Heilbronn und um sich die Hilfe der Rechte bei den Stichwahlen in Pödingen und Ußlingen, wo Nationalliberale gegen Sozialdemo-

traten fanden, zu sichern, fielen die Nationalliberalen ihren parteiischen Bundesgenossen im 11. Wahlkreis in den Rücken! Die Nationalliberalen, die im ersten Wahlgang dem Volksparteier in die Stichwahl verholten hatten, stimmten bei der Stichwahl für den Wünder und verhalfen dem Volksparteier zum Durchfall. Der Wünder empfingen sie damit in 4. und 5. Kreis, wo die Nationalliberalen Dank der reiflichen Wünderhilfe aber unsere Kandidaten legten. Mit 40 Stimmen blieb Genosse Schlegel-Ußlingen, dem ich im ersten Wahlgang nur 100 Stimmen zum Sieg schickte, in der Stichwahl aus den Erfahrungen ziehen wird, die sie mit ihrem Bundesgenossen im 11. Wahlkreis gemacht hat. Es sollte ihr nicht schwer fallen zu erkennen, daß die schwedischen Nationalliberalen die unehrliche und unüberlässlichen Gesellen sind. In Baden, Bayern und in Elßaß bringt die Rot der Welt die Liberalen allmählich zur Sammlung, in Württemberg restizieren sie zu — den Konservativen!

Landrats Wahlkreis.

Der Wahlkreis Württemberg-Abbade ist endlich den Konservativen entfallen worden. Der sozialdemokratische Kandidat, Herr Stimmens zwar von 4812 auf 7801 gestiegen waren, gelangte nicht in die Stichwahl. Diese mußte vielmehr zwischen dem konservativen Steiermann und dem Liberalen Albi entscheiden. Die Sozialdemokratie gab die Parole aus, für den Liberalen zu stimmen. Dieser wurde dann auch mit 17.038 Stimmen gegen 15.311 gewählt. Die 4500 Stimmen der Christlichsozialen sind dem Konservativen zugefallen.

Dem unparteiischen Landrat des Kreises Abbade geht die Sturz des Konservativen gar nicht. Im Kommandobüro werden bei dieser nun an die noch Königstreuen“ wie folgt: Eine weitere Betrachtung des Stichwahlüberganges im Kreis Abbade zeigt, daß die bei der Feuer Bedingungen untergeordnet, in der Stichwahl noch Stimmen gewonnen habe. Dann heißt es: „Erklären sich noch nicht, wie dies nur durch die seit Monaten gültige Entscheidung der Reichsfinanzreform und die stels auf fruchtbareren Boden folgende Aufhebung der kleineren gegen die Großen.“

Faher mit Aufklärung vor. Alle, die noch Königstreuen sind, fordere ich daher auf, in verständlichem, aber streng wahrheitsgetreuer Gesinnung und vorzugsweise und sofort einzutreten in die Erfolg besprechende Arbeit der Aufklärung.

Wüsste das nationale Gewissen aller dieser, die jetzt Arm in Arm mit den Kloten gesucht haben, bald erwachen! Crotage, 21. Januar 1912. Friedrich v. Redebur.

Wer die Erde nicht besetzt, dem ist der landrätliche Wahlkreis über! Es soll aber viele Leute auch im Kreis Abbade geben, die vor der Macht des Landrats nicht mehr erzittern.

Rideren beim Wahl.

Die Nationalzeitung macht Mitteilung über den Zweck des Besuchs des Staatssekretärs v. Riderlen-Wächter in Ostafrika. Der Besuch war danach von Berlin aus improvisiert und zwar als „Motivpropäo“ und anderen Gründen“. Es sollte eine Aussprache mit dem Papste stattfinden, doch dieser zog es vor, sich nicht sehen zu lassen, angeblich, weil „Aus Linie mit seinem Alter zunehmende Abneigung gegen den Empfang von Gästen habe, die in rein politischen Beziehungen zu ihm kommen wollen“. Von Riderlen konnte jedoch mit dem Kardinal-Staatssekretär sprechen, und dabei soll es zu bewegten Eideinandersehrungen gekommen sein. Auch die hohe Politik wurde gestreift, und zwar soll vom Dreiebund, von der wirtschaftlichen und militärischen Stärke Italiens und von der imperialistischen Eirdmung Deutschlands die Rede gewesen sein. — Vom Papste wird erzählt man sich in diplomatischen Kreisen, dessen Antwort soll gewesen sein: „Was soll ich mit Riderlen-Wächter sprechen?“

Woran Dietel verzweifelt und was er hofft.

In dem Friedrich-Kritikler der Deutschen Tageszeitung schreibt Dietel zurück, daß „man“ (nämlich die Agrarier) in dieser trüblichen Zeit an Deutschlands Zukunft zweifeln müßte. Dann aber wünscht er, daß Friedrich ein Erzherzog der deutschen Völkers auch heute sein möge. Und hier wandelt er auf den alten Annentebahnen. Und er schreibt:

„Trotz allen Spielens mit der französischen Tageszeitung war Friedrich II. ein Mann der Autorität. Er ließ sich die schändlichen Schriftchen niedriger hängen und behandelte Kleinigkeiten als solche. Wo es sich aber um schwere Stoffe gegen die Staatsordnung, gegen die Autorität, die in seiner Person verkörpert wurde, handelte, da verlor er keinen Spas, da tat der Kräftigste sein Wert.“

Ja, wenn man die Wähler von Amts wegen reichlich schwarz und blau schlagen könnte — was, da würde es selbst um Koefide und Niederlich Dahn!

Eine Disziplinäruntersuchung ist gegen den Oberregierungsrat Franz vom Bapriichen Verkehrsministerium, Mitglied des Landtages, wegen einer Rede, die er in einer Zentrumsdiskussion seines heimatischen Wahlkreises Weiden (Oberpfalz) gehalten hat, eröffnet worden. Er hatte in einer Besprechung des bekannten Rüstbes der Regierung mit der verflochtenen Mehrheitspartei im Landtage geäußert: „Es gibt so unvorsichtige Wähler, die im Vierert die Zentrumstraktion eine Bande genannt haben.“ Franz wurde, nachdem er im Jahre 1899 Zentrumstagsabgeordneter geworden war, ins Verkehrsministerium berufen.

Der Entwurf eines Reichsfinanzmittelsgesetzes soll nach den vorliegenden Stimmverhältnissen sowohl im Reichstagsplenum als auch bei den sonstigen zuständigen Reichsbescheiden eifrig gefehlt werden. Es handelt sich dabei insbesondere darum, für eine ganze Reihe von Projekten, die starke Abnahme finden, z. B. Kassen, Kraft, Wehl usw., eine äußerste Grenze zu finden, die in bezug auf Reichheit festzulegen sei.

Da die Materie außerordentlich umfangreich ist, läßt sich noch nicht bestimmen, wann der Gesetzentwurf den Reichstag zu beschließen kann.

Nach einer Wahlreform. Nach einer Meldung des Berl. Post. ist dem Ausbau des gemeinschaftlichen Landtages der Herzogtum Mecklenburg und Pommern, der in nächster Woche in Rostock zusammenzutreten von der portugiesischen Staatsregierung eine Vorlage über Einführung direkter Wahlen zum Landtage zugegangen. Der Landtagsausbau ist zunächst um eine gutachtliche Beratung ergriffen worden.

Reine politische Nachrichten. Die die Neue Freie Presse von kompetenter portugiesischer Seite erfährt, sind alle Gerüchte über abgebliebene Verhandlungen wegen Verkaufs gewisser portugiesischer Kolonien an Deutschland erloschen. Die portugiesische Regierung denkt nicht daran, portugiesischen Besitz irgend eine fremde Macht abzutreten. — In der spanischen Deputiertenkammer stellt der Ministerpräsident Gonzalez die jüngsten Gerüchte über eine Adhärenzformel formell in Abrede. — Der Zentralkomitee der jungtürkischen Partei hat seinen Sitz in Saloniki nach Konstantinopel verlegt. — Der türkische Außenminister hat seine Demission zurückgezogen. — Die freizügigen Bahnangelegenheiten in Buenos Aires haben erklärt, daß sie gegenüber der letzten Regierungshandlung im Streit beharrten würden. — Nach einer amtlichen Meldung haben sich in Arabien an der Westküste des Ozeans Krieh auf Sumatra (Südpazifik) Rebellenführer den Holländern unterworfen. — In der Nacht zum 20. Januar wurde in Aroung Looa (Kuei) das Lager einer Vietnambesatzung von sieben Rabbern überfallen (Wuei) das Lager einer Vietnambesatzung von sieben Rabbern überfallen. Wuei) das Lager einer Vietnambesatzung von sieben Rabbern überfallen. Wuei) das Lager einer Vietnambesatzung von sieben Rabbern überfallen.

Rusland.

Cesstere-Ungarn.

Die Kriegspartei auf der Wehrenthaljagd.

th. Wien, 24. Januar.

Um die Person des österreichisch-ungarischen Ministers Khevenhüller, Grafen Khevenhüller, ist ein Kampf entstanden, der des Tüchtigen nicht entbehrt und dennoch seine Wichtigkeit hat durch die Personen und die Beweggründe, die bei all diesem Streit und Gezänze heimlich wirken. In den Tagen der bosnischen Krise war Wehrenthal der Held der österreichischen „Herrscher-Blätter“ der Maria, der ihn als „Held“ in erster Reihe, ihn zum schwarzen Mann gestempelt wurde. Jetzt haben dieselben Leute, also Militärs und Offiziere, seine Talentlosigkeit und Feigheit als Ursache der unglücklichen Haltung Österreichs in allen internationalen Angelegenheiten, den Ausgangspunkt und Quellpunkt aller Vorfälle anlässlich der Thronfolgerkrise, Wehrenthal und natürlich die militärischen Forderungen des Veldobers vertreten, allein sie haben sich Abstriche erlaubt. Was Entsetzen der österreichischen und der ungarischen Steuerzahler bildet, die 112 Millionen für Dreadnoughts und die 100 Millionen Steigerung der Ausgaben für das Heer innerhalb der nächsten fünf Jahre, das galt dem Veldobers „Kleiner Brocken“. Der Kriegsminister musste darüber an den Kaiser, ein Gesuch des Thronfolgers, nimmt die Stelle ein. Aber als nun die Thronfolgerpartei dem kaiserlichen Krieg dazu benutzt, einen Vorstoß zu tun, um die blutigen Konflikte mit Italien vorzubereiten, gelang es Wehrenthal noch einmal, durch sein Einschreiten beim Kaiser friedlichen Gang seiner Politik und den Dreißigsten notwendig zu sichern. Darüber musste der tätige Helfer des Kaisers, der Generalstabchef Konrad von Dötzinger, die Entlassung nehmen.

Seither hat die Thronfolgerpartei dem Grafen Khevenhüller die unglückliche Verhängung geschworen. Alle militärischen Forderungen ihrer Spitze gegen ihn. Proklamationen werden verbreitet, in den öffentlichen Darlegungen Khevenhüller als Nachfolger von Paul und Reichberg zeichnen. Wie jene, so bereite auch die Politik des Friedens um jeden Preis die gewisse Verträge vor, denn in seiner Nachfolge ist nicht, dem Land die Kriegspolizei zu nehmen. „Der künftige Krieg wird mit an dem großen Truggewebe der eignen Diplomatie.“ Mit andern Worten: Der „König“ von gestern ist wider Willen zum Handlanger der Kaiser geworden! Mit den militärischen Schriftstellern, mit der Hälfte der Wiener liberalen Presse vereinigen sich die radikalen Politiker. Der Landesoberhauptmann von Kärnten, Herr v. Ruch, hat in einer Rede von der hinterlistigen Politik Italiens gesprochen und Khevenhüller beschuldigt, nach Österreich-Ungarn wegzulaufen. In die gleiche Reihe mit andere Redner der kaiserlichen Partei. Von auswärts drängen sich vorkantische Kräfte ein. Man versichert, dass einige Tage in Wien verschiedene Kardinal Barona in Mittelpunkt der gegen den Dreißigsten gerichteten Treibereien seien. Er vor allem hätte die kaiserlichen Führer gegen Khevenhüller-Entlassung, von ihm stammen auch die meisten staatenfeindlichen Proklamationen, die in einem Teil der Wiener Presse die Runde gehen. So kämpft Khevenhüller zwar bloß um seinen Posten, doch gegen die Kriegspartei. Man muß ihn also diesmal hand weichen, bei allem Vorbehalt gegen seine vergangenen Taten und gegen sein fragwürdiges Wesen — wie dies der demokratische Ellenbogen in den Delegationen getan. In viel ist da nicht mehr zu helfen und zu nützen. Khevenhüller ergebene Freundschaft, die Neue Freie Presse, behält seit einigen Tagen in beständiger Weise seinen Strauß. Vergebens habe er auf dem Gemüthung Verlesung, werde sich einige Zeit wohl völliger Ruhe geben müssen — und sie berichtigt nur, was aus seinem Mund stammt. Danach ist nur zweierlei möglich, entweder Khevenhüller leidet wirklich an Leukämie, wie behauptet wird, oder diese übliche Maffrantheit wird vorgeführt, um den anstehenden politischen Tod des Mannes gefälliger zu beenden.

Wien, 24. Januar. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß der Jubel des Ministers des Äußeren Grafen Khevenhüller so allgemein habe, daß seine Demission in absehbarer Zeit eintreten wird.

Spanien.

Herrera unschuldig erschossen.

Am 12. Oktober 1900 wurde der spanische Freidenker Manuel Herrera auf den Basen von Montjuich hingerichtet. Die Unschuld dieses Mannes, für den sich die ganze Welt einsetzte, ist jetzt gerichtlich erwiesen. Aus Brüssel ist gemeldet:

Der katalanische Freidenker Francisco Ferrer, der belastete Herr Herrera, veröffentlichte heute aus der Verhaftungsbefreiung in spanischen Gerichtsverhandlungen: Das Urteil erkannte 1. daß Ferrer niemals in irgendeiner Weise an den Unruhen in Barcelona beteiligt war. 2. daß keine der verurteilten Personen unter seinem Befehl gestanden habe, und daß 3. in seinem Prozess, die nach den Umständen von Barcelona hatten, irgend etwas gefunden wurde, was auf die Beteiligung Ferrers schließen lasse. Damit ist also die Unschuld Ferrers durch den Gerichtshof erwiesen.

Rusland.

Polizeiprobationen in Riga.

Petersburg, 24. Januar. Anlässlich des Jahresfestes des Blutes veranstalteten 5000 Rigaer Arbeiter eine Demonstration, zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei. Als die Arbeiter mit roten Fahnen in die Stadt gingen, machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch. Drei Arbeiter erlitten die Schüsse der Polizisten und vier andere an schweren Polizeigewalt und zwei Schutzeile.

China.

Die Revolution.

London, 24. Januar. Nach einer Meldung aus Peking steht die Revolution in der Hauptsache auf dem Fuß. Der Kaiser, die gemäßlichen Prinzipien fernhalten, beschloß den Kampf gegen die Revolutionäre mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wieder aufzunehmen. Die Strategie der Revolutionäre soll unter japanischer Leitung stehen. Nach einer Meldung der Times verlautet, Prinz Tsching der Heber der Unruhe in der Befreiung von Peking sei. Er ist auch der schärfste Gegner Juansichais. nischai soll wieder mit seinem Rücktritt gedroht haben. Falls eine Drohung wahr macht, dürfte Prinz Tsching Premierminister werden. Die fremden Gesandten sehen der Entwicklung mit großer Sorge entgegen.

Ungarn.

Petersburg, 24. Januar. Die Revolte Wremja meldet aus Dikarient, daß die Revolution in Rumänien offenbar niedergeworfen sei. Eine starke Truppenmenge ist von dort nach Bulschak abmarschiert. 2100 Freiwillige und 4000 Revolutionäre mit großem Train, vier Berg-, drei Mörserbatterien und mehreren Maschinengewehren sind ihr entgegengezogen. Die meisten hinesischen Beamten im Gebiet sind gestrichelt, die Revolutionäre besetzen die Beamtenstellen mit Offizieren. Um Chairow sammelten die Rumänen etwa 5000 Mann Truppen gegen die ankommende hinesische Macht. Wegen des Mangels an Gewehren versuchten die Rumänen, durch den Mangel an Bewaffnung ihrer Viehherden zu erhalten.

Amerika.

Die Rebellion in Paraguay.

Guaranit, 24. Januar. Auch die Stadt hat sich den Regimentsgruppen ergeben. Die Revolutionäre und ihre Anführer befinden sich in Gefangenschaft. Die Ruhe ist im ganzen Lande wieder hergestellt.

Sehnsucht nach Verständigung.

kl. London, 24. Januar.

Die souveräne Geringschätzung, mit der Sir Edward Grey seine Kritiker behandelt, trägt etwas Ausergewöhnliches an sich. Täglich wird der Kreis jener Engländer größer, die der ganzen ähneren Politik der Regierung von ihren leidenden Grundfragen an bis zu ihren kleinsten Details mit Unzufriedenheit ansehen, die durch Greys Politik alle Lebensinteressen der britischen Nation aufs höchste gefährdet sehen, und Sir Edward Grey gefasst hat, alle Kritiken entweder mit verächtlichem Schweigen oder mit ein paar herablassenden Witzig sein vollenden Redensarten abzutun. Etwas anderes waren die färglichen Bemerkungen, die Sir Edward Grey jüngst in einem Dorke beim Wahlkreis über die ähneren Politik Englands machte, auch nicht. Er machte sich zunächst über seine Kritiker in der liberalen Presse lustig und meinte, daß seine Zeit viel zu kostbar sei, um alle diese Angriffe zu lesen. Was er dann positives über seine liberalen Kritiker sagte, schmeckt nach absichtlicher Verdröhung. Er sagte, daß diese Kritik ihm hauptsächlich zum Vorwurf mache, daß England sich nicht genügend in die Ereignisse in verschiedenen Teilen der Welt einmische. So sei, „wie er glaube“, namentlich Mongolien als jener Teil der Welt ausgedacht worden, wo England eine aktive Politik einschleichen müsse. Diese Politik würde das Maximum von Einmischung in allen Teilen der Welt und das Minimum von Freundschaften bedeuten, ja sie würde ohne Freund in Europa lassen. Sie wäre die unangenehmste und kostspieligste Politik, die England verfolgen könnte.

Das ist im allgemeinen sehr richtig, aber diese Darstellung der liberalen Angriffe gegen Sir Edwards Politik ist natürlich nichts als eine dreiste Verdröhung. Was seine Kritiker wollen, ist einfach, daß sich England nicht zum Mitschuldigen mache bei allen zaristischen Attentaten gegen die Freiheit und die Existenz asiatischer Völker, daß England nicht alle aggressiven Vorstöße Russlands, Frankreichs und Italiens mit allen Kräften fördere, lediglich aus dem Grunde, weil Grey hoffe, durch diese Politik jene Länder dem Einflusse der deutschen Diplomatie zu entziehen oder fernzuhalten. Die Liberalen wollen, daß mit der Politik der Entente und Neutralität, die zu endlosen Bedrückungen führt und zuletzte einer kurzweiligen europäischen Katastrophe entgegensteht, gebrochen werde. Es bleibt abzuwarten, wie die Liberalen und Radikalen die Verdröhung durch einen Winkler, dessen Stellung ausschließlich von ihrer Unterstützung abhängt, aufnehmen werden. Grey scheint nicht voll zu erwachen, welchen Umfang die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Aus der ähneren Politik bereits angenommen hat. So läßt sich behaupten, daß heute schon die ganze liberale Partei von dieser Unzufriedenheit ergriffen ist, und das unmöglich mahnende Versehen zum Frieden, das gerade jetzt die deutschen Wähler abgelegt haben, läßt allen englischen Liberalen den Augenblick zu einer Rückkehr zu einer gehobenen Außenpolitik besonders geeignet erscheinen. Sie haben den Wunsch, die goldene Stunde nicht zu verpassen. Aber auch in weite Kreise der konservativen Partei und der Imperialisten ist die Besorgnis über den Regierungskurs bereits eingedrungen, wovon die kürzlich gehaltene Rede des imperialistischen Lords Rosebery ein bemerkenswertes Symptom war.

Man ist der Hoffnungen und des Haders mit Deutschland müde und ersehnt eine Politik der Verständigung mit Deutschland.

Der Tripolis-Krieg.

Rom, 24. Januar. Die Agenzia Stefani erklärt zu der türkischen Bittvermittlung über die Verluste der Italiener bei Derna am 20. Januar, bei Derna habe kein Kampf mehr seit dem 17. Januar stattgefunden. An diesem Tage seien die Türken mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen worden, während die Italiener nur 3 Tote und 7 Verwundete gehabt hätten.

Italienische Notstandsmaßnahmen.

Rom, 24. Januar. Der Minister des Äußeren hat den Vertretern der fremden Mächte in Rom mitgeteilt, daß die vom Kommandanten der Seestreitkräfte im roten Meer über die türkische Küste von Ras Ja bis Ras Anafal verhängte Blockade am 24. Januar, anstatt 22. Januar begangen werde. Den neutralen Schiffen werde eine Frist von fünf Tagen bewilligt werden.

Der Monaca Zwischenfall.

Rom, 24. Januar. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Untersuchung ergeben, daß die in Cagliari gefangenen 20 Türken von der beschlaggenommenen Monaca tatsächlich dem Sanitätskorps angehören und daß vier von ihnen Verwundete und die übrigen Krankenpfleger sind. Infolgedessen wurden die Gefangenen auf Anordnung der italienischen Regierung freigelassen. Damit dürfte der französisch-italienische Zwischenfall so gut wie beigelegt sein.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

Inland.

Tarifabschluß in der sächsischen Steinindustrie.

Die Sandsteinmehrer im Königreich Sachsen haben einen schönen Erfolg errungen. Sie konnten einen Normaltarif zum Abschluß bringen, der für etwa 1000 Steinmehrer gültig sein wird. Es fanden etwa 20 Sitzungen mit Vertretern beider Parteien statt. Die Vorlage der Unternehmer wurde in diesen Punkten umgestaltet, um dem Tarif eine Form zu geben, die er von den Arbeitern angenommen werden konnte. Die Ortszuschläge betragen für Dresden-Vitna 20 Prozent,

für Leipzig 15 Prozent, für Chemnitz, Meißen, Plauen und Zwickau 8 Prozent.

Die Unternehmer mußten den Steinmehrer ein großes Entgegenkommen zeigen, sonst wäre im letzten Augenblick der Tarif noch gescheitert. Einige Unternehmer wollten nämlich mehrere Lohnreduktionen einschmuggeln, was ihnen aber vordringlich für das Schließen des Werkzeugs wird den Steinmehrer 1 Prozent vom verdienten Lohn vergütet. Unter allen Umständen wollten die Steinmehrer an der dreijährigen Tarifdauer festhalten. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitervertretern in bestimmtester Form abgelehnt, man einigte sich auf eine Tarifdauer von zwei Jahren. Der Abschluß des Normaltarifs dürfte insbesondere für die Steinmehrer im Maintal und im Kaulbronner Gebiet von großem Interesse sein.

Ausland.

Die Maschinen- und Geiger der Kohlenzweige von Schwaben haben den Ausbund beschlossen, um eine Lohnherhöhung durchzusetzen, die die Grubenbesitzer abgelehnt haben. Die Kündigung soll am 1. Februar auf den 1. März erfolgen. Das würde einen Stillstand aller Kohlengruben von Schwaben bedeuten, auch wenn der Ausbund der Bergarbeiter beibehalten wird. Der Ernst der Lage wächst dadurch, daß ein Teil der Gruben unter Wasser gesetzt wird, wenn die Maschinen nicht im Gange bleiben.

Neues aus aller Welt.

Wahlkravalle.

Kattowitz, 24. Januar. In Kattowitz kam es am Abend des Stichtags zu Kravallen. Auf der Grundmannstraße hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die ihren Unwillen über den ungünstigen Ausfall der Stichtagswahl in sächsischen Hoch- und Stützorten auf den politischen Kandidaten Solinski Luft machte. In der Volkstraße wurde ein Polizeibeamter, der eine Verhaftung vornahm, angegriffen und mißhandelt.

Fünf Personen durch Gas vergiftet.

Waldenburg (Schlesien), 24. Januar. In der vergangenen Nacht wurde die Familie des Klempnermeisters Wamitz in Hermsdorf durch Einatmen von Gas, das der am Hause vorbeiführenden Leitung entströmte und durch den Keller in das Wohnhaus eindrang, vergiftet. Die Frau, zwei Töchter und ein Sohn sind tot, der Mann wurde zwar noch lebend aufgefunden, doch ist sein Zustand hoffnungslos.

Ein Dampfschiff als Wandobjekt.

Danzig, 24. Januar. Vom Gericht wurde gestern im Hafen von Kattowitz der norwegische Dampfer „Kronos“ aus Grenahol zum Verkauf beigestellt. Das Schiff hatte auf der Fahrt dorthin im Kaiser-Wilhelm-Kanal ein größeres Velderschiff gerammt und zum Sinken gebracht. Dafür wird ein Schadenersatz von 90.000 M. verlangt und der Dampfer ist nun bis zur Hinterlegung der Summe festgelegt worden.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

52. Sitzung vom 23. Januar, mittags 12 Uhr.
Am Regierungstische: v. Otto.
Auf der Tagesordnung stehen nur zwei Petitionen.

Über die Petition des Vorstandes der deutschen langjährigen Abbedereidiger in Berlin, betreffend die Beilegung von Tierkadavern, erhobte

Hr. Glanz (noll.) berichtet. Die Petenten wünschen, daß die uneheliche Veleitung der Tierkadaver nur auf Abbedereiden vorgenommen werden soll. Das Vergraben der Kadaver soll dann an geeigneter Stelle erfolgen, wenn keine Abbederei in der Nähe ist. Bei Verletzung von Kreis- und Kommunalabbedereiden sollen die betreffenden Abbedereiden entschädigt werden. Inzwischen ist aber durch Reichsbescheid für die Beilegung der Tierkadaver von den Gemeinden zu sorgen, wodurch die Petition gegenstandslos geworden ist. Deshalb beantragt die Deputation, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Die Kammer beschließt demgemäß.
Die Petition des örtlich vorkommend in Ransbach bei Causa um Gewährung einer Unterstützung aus Staatmitteln, bleibt ebenfalls auf sich beruhen.

Nächste Sitzung: Freitag, vormittags 9^{1/2} Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen.

Weiterbericht von der Wetterfäule an der Friedrich-August-Brücke vom 23. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer 700. Schön Wetter.
Thermometer + 3° R.
Thermometergraph: Min. — 0, Max. + 2.
Hygrometer 63°.
Wasserstand — 32 cm.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte für den 26. Januar:

Südwestwinde, Bewölkungszunahme, mild, zunächst noch kein erheblicher Niederschlag.

Letzte Telegramme.

Gärung unter den französischen Postbeamten.

Paris, 23. Januar. Unter den Postangestellten macht sich eine sehr heftige Gärung bemerkbar, weil der Generaldirektor des Reiches Brades wegen einer Rede und wegen eines von ihm erlassenen Rundschreibens von der Postverwaltung mit Entlassung bedroht wird. Brades wird nächsten Sonntag vor dem Disziplinarat erscheinen, der über den von der Postverwaltung gefällten Entlassungsantrag entscheiden wird. Der Syndikatsausführer hat für Sonntag eine große Versammlung einberufen, um über die angelegte des Vorgehens der Postverwaltung zu ergründenden Schritte Beschluß zu fassen.

Die hinesische Revolution.

Peking, 23. Januar. Nach einem hinesischen Berichte haben 2000 Mann kaiserlicher Truppen in Sianghaungfu bei Hankow rebelliert. Die Vorsichtsmaßregeln zur Sicherheit Juansichais werden weniger streng gehandhabt. Die Aufregung läßt nach, aber die hartnäckigen, wenn auch gänzlich unbegründeten Gerüchte, daß Japan die Wandschuas unterstützen werde, fangen an, an Gläubigen zu verlieren.

Ein deutsch-amerikanischer Projekt.

Newark, 23. Januar. Die Regierung hat einen Prozeß auf Schadenersatz in Höhe von 102 747 Dollar wegen zu geringer Wertangabe gegen die Importeure deutscher Messerschmiedewaren angehängt.

Schiffsunfall.

Donaluis, 23. Januar. Auf dem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie Cleveland brach plötzlich während der Fahrt der Kessel auf der Brücke tot zusammen. Das Schiff stieß infolgedessen mit dem amerikanischen Kreuzer Colorado zusammen, der am Deck getroffen wurde. Ein Geschütz, ein Turm und wahrscheinlich auch eine Schraube des Kreuzers wurden beschädigt.

Hamburg, 23. Januar. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, hat sie die Nachricht erhalten, daß die Cleveland nach glücklich verlaufener Fahrt wohlbehalten in Donaluis angekommen sei. Von einem Zusammenstoß ist hier nichts bekannt.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Donnerstag den 25. Januar 1912.

23. Jahrgang.

Die Dresdner Neuesten Nachrichten haben sich bei den Reichstagswahlen als ein durch und durch arbeiterfeindliches Blatt erwiesen!

Sächsische Angelegenheiten.

Fortbildungsschulen für Mädchen.

Wie wir schon in unseren ersten Darlegungen über das neue Volksschulgesetz ausgeführt haben, sind darin auch Bestimmungen enthalten, welche die Fortbildungspflicht für Mädchen betreffen. Und zwar sollen danach schulpflichtige Mädchen im Jahr die Fortbildungsschule besuchen, wenn wöchentlich vier Unterrichtsstunden erteilt werden; werden aber nur zwei Stunden Unterricht in der Woche gegeben, soll sich die Fortbildungspflicht für Mädchen auf zwei Jahre erstrecken. Ist die Fortbildungsschule als ein Fortschritt begründet, so darf keine weiteren Ausführungen. Wir hatten es aber angeht, unsere Leser mit der Begründung bekannt zu machen, die die Regierung der neu geplanten Mädchenfortbildungsschule mit auf den Weg gibt:

In Bezug auf die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen wird man sich einer anderen Ausdeutung bedienen, daß es für die Bildung und Charakterbildung der weiblichen Jugend wie für die allgemeine Vorbereitung, sei es zur Hausfrau und Mutter, sei es zur Erlangung eines praktischen Berufes als Bedingung, von Lohnerwerb, der den Mädchen nach erfolgtem Besuche der Volksschule weiter Erziehung und Unterricht in der Form der Fortbildungsschule zu gewähren.

Es soll nicht verkannt werden, daß schon unter der Geltung des bisherigen Gesetzes von einzelnen Schulgemeinden für die Fortbildung der schulpflichtigen Mädchen erfolgreich gesorgt worden ist. Aber wo die Einrichtungen freiwillig sind, ist die Beteiligung vielfach unzureichend gering geblieben und hat den besten Nutzen nicht zu bringen vermocht. Nach der schon erwähnten, durch die Verordnung vom 24. März 1911 veranlassenen Regelung sollen überhaupt von 1912 Schulgemeinden nur 20 Schulgemeinden 24 Fortbildungsschulen für Mädchen eingerichtet, und zwar im Durchschnitt 12 mit maßlosem Besuche.

Trotzdem man sich von weiteren Maßnahmen zur Förderung möglicher Einrichtungen des Mädchenfortbildungsschulunterrichts keinen bestimmten Erfolg versprechen, so ist doch die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

Nur die Hilfe der Fortbildungsschulverwaltung ist es, die die Fortbildung der Mädchen sicherstellen kann. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

lichen Anstellung von Fortbildungsschullehrern, Kadettenlehrern oder Hauslehrern und Kochlehrern.

2. Zu beschließen über die Bildung oder Auflösung eines Schulverbandes sowie über die Bestimmung der Aufgaben der Verbände sowie über die Bestimmung der Aufgaben der Verbände.

Über die Verwaltung und Leitung dieser Schulverbände ist dann noch Näheres bestimmt, was hier nicht besonders interessiert. Auch die Schulverbände begrüßen wir als Fortschritt, nur meinen wir, daß sie auch auf andere Schulverbände ausgedehnt werden könnten.

Zum Stichwahltag im Wahlkreis Wauen

Führt das Sächsische Volkstribunal noch aus: Es ist was Schönes um einen Wahltag! Aber es ist etwas Großartiges um einen solchen Sieg, wie ihn die Genossen des 23. Wahlkreises zu verzeichnen haben. 24 003 sozialistische Stimmen gegen 20 800 bei der Hauptwahl, das ist ein Erfolg, der die optimistischsten Erwartungen überstiegen hat. Wir hatten, wie wir auch am Sonntagabend ausgeführt, mit einem glatten Siege gerechnet, aber nicht mit solch überwältigendem. Man sieht, was es für eine gefährliche Sache für die Bürgerlichen ist, jeden Wähler herauszufinden; einmal gelingt die Sache, wie 1907, wo die unvollständigen Wähler den Ausschlag gaben. Diesmal ist es schon so, daß die ehemaligen Nichtwähler zum großen Teil gegen ihre Gewässer im Felde stehen. 6000 Wähler hatten bei der Hauptwahl nicht gewählt; mit einer jener unmaßvollen Stimmen hatte Herr Günther schon in seinen Sad seinen Wähler, dem die Sozialdemokraten keine Reihen mehr, weil sie jeden Mann schon bei der Hauptwahl heranzogen, so redete Herr Günther, während ihm die Angst um das Mandat den Schwitz perlen auf allen Poren trieb. Herr Günther, der Unvollständigen, muß sich neue Ratten erdnen lassen, und diese kleine Ausgabe für Druckkosten wird ihm mehr schmerzen als die großen Kosten, die seine Partei an Druckkosten für Flugblätter und Inserate auszugeben hat.

Alle Achtung aber der Glanzleistung der sozialdemokratischen Parteioffiziere. Die Reihenfolge dieser beiden Wahlgänge vollzog sich mit einer Ruhe, daß der Augenblick gar nicht bemerkte, daß überhaupt gearbeitet wurde. Es ist nicht Eigentümlich, das hier verläuft wie, denn der Schreiber dieses sieht nicht direkt mit im Betriebe, sondern urteilt nach den Eindrücken des Außenstehenden. Kein Zweifel an bürgerlichen Leistungen, wie sie von den Bürgerlichen so lang und breit den Namen Günther immer und immer wiederholen, als ob es bloß gälte um den einen. Den Namen Radel hat man in Wauen in keiner Zeitung und an keiner Wochenschrift, und doch hätte man bemerkt, daß nichts vorläufig wurde, sondern der sozialdemokratischen Parteioffiziere. Nur der Erfolg ist die beste Qualifikation auf die Reifeprüfung für die Wahl, die für die Kandidaten, deren Kunderte die Reifeprüfung mit großer Ausdauer erreicht haben.

Aber auch die kapitalistische Entwicklung hat mitgewirkt, sie ist der Vater, auf den die sozialistische Saat in die Bahnen schießt, und es mag den Bürgerlichen etwas schmerzhaft werden in der Erkenntnis, daß sie vergebens anstrengen gegen die Folgen der kapitalistischen Entwicklung, die sie mit allen ihren auf den Erwerb gerichteten Instanzen übersehen. ... Das Mittelalterliche für die Zeit gekommen haben sollten, ist nur in vereinzelten Fällen von verlässlichen Bekämpfern des Bundes der Kandidaten anzunehmen, sonst haben alle in Günther das kleinere Übel erblickt und ihn auch als einen kleinen Rest gewählt. Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht in besonderem Maße eine gewisse Genugtuung herrscht, daß Herrn Günther der Unvollständigkeit ein wenig ausgetrieben worden ist. Wir aber sind menslich genug, ihm eine Entschädigung seiner parlamentarischen Verpflichtungen zu gönnen. Die nächste Reichstagswahl wird kaum wieder fünf Jahre auf sich warten lassen, dann kann er es ja wieder versuchen. Vielleicht als bürgerlicher Sammelkandidat? Denn Herr Kreis soll dem Vernehmen nach sich gedrückt haben: „Wie toleda!“ und er war der Nationalliberalen „bester Mann“.

Witwervereinsteriorismus.

In Großhattersdorf, einem Orte im 15. Reichstagswahlkreise, war es in unsern Parteigenossen zur Wahl das erste mal möglich, eine Versammlung abzuhalten. Der Wirt, der seinen Saal zur Verfügung stellte, ist seit 20 Jahren Mitglied des Witwervereins. Er ist nun aus dem Witwerverein ausgetreten worden wegen Verhinderung der Sozialdemokratie. Daraufhin hat nun der Witwerverein in dem Orte beschlossen, korporativ aus dem Bunde auszutreten, wenn der Ausschuß nicht tätig gemacht wird. Damit sind also die Terroristen an die Unrechten gekommen, und die Witwervereinmitglieder sollten überall so handeln. Der Vorgang geht aber nicht, was es mit der Witwervereinsteriorität auf nationaler Seite auf sich hat.

Keine Vermehrung der Apotheken.

Die Erste Kammer hatte über eine Petition des Verbandes deutscher Apotheker in Dresden um Vermehrung der Apotheken und Einführung des öffentlichen Verkehrs bei Konzeptionserteilung zu beraten. Die Petenten meinen, daß die Zahl der Apotheken in Sachsen zu gering sei und in keinem Verhältnis stehe zu dem Wachstum der Bevölkerung. Es werde bei der Konzeptionserteilung zu große Rücksicht auf die bestehenden Apotheken genommen. Daraus ergebe sich ein ungesunder Handel mit Apotheken, ein zu hoher Preis derselben, der Verkauf von Medikamenten durch die Proprietäre und Erbschaft der Selbständigmachung der Apothekenerben. Die Regierung hat demgegenüber durch ihre Kommission in der Deputation erklären lassen, daß sie, was die verlangte Vermehrung der Apotheken anlangt, noch auf dem Standpunkte der Verordnung von 1902 stehe. In den letzten zehn Jahren seien 55 neue Apotheken errichtet worden und 9 seien gegenüber nur in der Vermeidung begriffen. Endlich sei hinsichtlich der durch eine Apotheke zu verleienden Fläche sehr günstig da, denn es komme eine Apotheke auf 44 Quadratkilometer, in Baden auf 64 in Württemberg auf 68 und in Preußen auf 100 Quadratkilometer. Die Regierung werde auch ferner das Interesse der

Petenten im Auge behalten. Das Haus beschloß nach dem Vorschlage der Deputation, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Die Regierung hat die Verhältnisse in Sachsen unter Hinweis auf die Verteilung der Apotheken nach Quadratkilometern als günstiger bezeichnet als in Preußen und anderen Bundesstaaten. Der Antrag der Verteilung auf Quadratkilometer ist jedoch kein genaues Bild. Hier muß vielmehr die Bevölkerungszahl der Bevölkerung zurunde gelegt werden, und da Sachsen viel dichter bevölkert ist als Preußen, wird sich so auch ein ganz anderes Verhältnis in der Verteilung der Apotheken in Sachsen und Preußen ergeben.

Städtische Stichwahlresultate.

11. Kreis, Dömitz. Wahlberechtigte 28 348, abgegebene Stimmen 20 568. Es haben Stimmen erhalten: Lipinski (Soz.) 12 840, Dr. Giese (kon.) 13 228. Ungültig waren 436 Stimmzettel, gerechnet 201 Stimmen. Mit einer Mehrheit von 488 Stimmen ist Dr. Giese gewählt.

14. Kreis, Borna. Wahlberechtigte 25 071, abgegebene Stimmen 20 651. Davon haben Stimmen erhalten: Kuffel (Soz.) 13 088, v. Liebert 13 081. Ungültig waren 512 Stimmen. v. Liebert ist mit 23 Stimmen Mehrheit gewählt.

12. Kreis, Leipzig-Stadt. Von den in den 58 Wahlbezirken der Stadt Leipzig insgesamt 45 705 Stimmberechtigten haben 40 709 ihre Stimme abgegeben. 244 Stimmen sind davon als ungültig anzusehen. Sonach verbleiben 40 465 Stimmen. Davon haben erhalten Dr. Jund (nat.) 21 667 und Cohen 18 898 Stimmen. Sonach ist Dr. Jund gewählt.

Versetzte Volksebildung.

In Eppendorf erteilt der Volksebildungsverein Turnunterricht an Fortbildungsschüler. Den Schülern wurde verboten, daran teilzunehmen. Der Verein machte jedoch bekannt, daß er auch weiterhin Turnunterricht an Schülern erteilen werde. Die Folge war, daß der Vorsitzende des Vereins auf die Amtshauptmannschaft Klage bei der Behörde einlegte. Es ist also in diesem Falle mit der „Marstellung“ zunächst eilig. Dagegen ist eine an das Kultusministerium im November vorigen Jahres eingereichte Beschwerde bis heute ohne Antwort geblieben, und man hat auch mittlerweile fünf Schüler mit je zwei Stunden harter Strafe, weil sie in dem Verein weiterkamen.

Seine furchtbaren Verletzungen erlitten ist der Arbeiter E. W. K., der bei dem Sprengungslud am Artillerieplatz in Dresden am 2. d. M. durch einen Schuß in die Brust mit schwer verletzten wurde. K. wurde in die Chirurgische Klinik der Universität eingeliefert. Er war 27 Jahre alt und unverheiratet. Der ebenfalls mit schwer verletzten 22 Jahre alte Arbeiter R. K., der u. a. beide Augen eingebüßt hat, ist ebenfalls bei Verletzungen sehr schwer verletzt. Über die Ursachen des Unglücks konnte noch nichts festgestellt werden. — Vom Neubau der abgebrannten Arbeiterkassen Kasse in Bismarckstraße wurde ein neues Gebäude, auf welchem fünf Arbeiter arbeiten, zusammen. Zwei Arbeiter konnten sich schütten, drei stürzten in die Tiefe. Zwei der Verunglückten sind leichter verletzt, einer, der Wauerer Arbeiter aus Wetzendorf, erlitt einen lebensgefährlichen Schädelbruch. — Auf der Freilandbahn in Chemnitz kam ein 15jähriger Lehrling einer dortigen Druckerei dem Tode zu nahe, so daß seine Arbeiter Kameraden die trennenden Heiden vom Körper rief. Der Verunglückte wurde mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht.

Stadtkronik.

„Wählen der Wahl“

läßt sich der Dresdner Anzeiger jetzt unter „Stimmen aus dem Publikum“ geben. So schreibt im Sprechsaalunter E. J.:

Ich will nur einen kleinen Beitrag liefern aus einem Stande und zeigen, was ein einzelner laienmännlicher Arbeiter denken kann, von guten Wege abzuweichen. Das ist die in einem vor der letzten Wahl ausgegebenen sozialdemokratischen Flugblatt mit Recht behauptete Tatsache, daß sich ein Teil der Unternehmer gegen die Sozialdemokratie gegen die Gebaltsforderungen seiner Angestellten abgehend verhält. Ich bin u. a. in einer großen Fabrik bei Dresden tätig und habe mit einigen Kollegen ein Gehaltszusage bei der Direktion angehalten. Wir warten schon wochenlang auf eine Antwort. Unsere Bitte, unsere beschriebenen Gehälter zu erhöhen, scheint etwas so Ungehörliches zu sein, daß man erst eine außerordentliche Generalversammlung einberufen muß, um dazu Stellung zu nehmen. Es ist ein mißlicher Umstand, wenn die Leute, die wohl dazu in der Lage wären, so wenig auf das Wohl ihrer Angestellten Bedacht nehmen. Von dem kleinen Unternehmer, der selbst oft nicht in der besten Lage ist, kann man es verstehen, wenn er schwer geneigt ist, seine Angestellten besser zu entlohnen; wenn aber eine große Gesellschaft, die Jahr für Jahr einen großen Gewinn erzielt, sich so schwer entschließen kann ihre Angestellten angemessen zu entlohnen, so ist das eine bedauerliche Tatsache. Es heute die Welt, die manchmal Hunderttausende feiert, noch viele Tausende mehr beschlingt, daß sie nicht eine Kasse; wenn man aber für ein paar Angestellte einige hundert Mark im Jahre mehr ausgeben soll, so ist man, als müsse sich das Unternehmen ruinieren. Und hier steht unser Großbetrieb durchaus hierin nicht beteiligt da. Und warum kann man sich so gegen die Angestellten verhalten? Weil man weiß, daß ein großer Teil von ihnen aus jenen gutsituierten Familien kommt, die dem jungen Manne das an Geld zuschießen können, was ihm an Gehalt fehlt. Auf der anderen Seite weiß die Großindustrie, daß ihr eine wirksame Gehaltsorganisation nicht gegen über treten kann, weil es eine solche nicht gibt und auch so leicht nicht gegründet werden kann. (Warum denn nicht?) D. H. Zerlegen aber, der nur auf sein Gehalt angewiesen ist, bestimmt sich in einer mißlichen Lage. Er soll der Welt fortwährend etwas vorzuführen was er gar nicht ist. Er soll durch bessere Kleidung, Wohnung und Vergleichen zeigen, daß er sich u. a. dem Arbeiter gegenüber in einer erhabenen Stellung befindet. Aber wie kann er denn das, wenn man ihn oft noch sieht, wie

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Zentralrat und öffentliche Recht.

Der Zentralrat eines ...

Entziehung der Jugendherrschaft unter unmündigen Knaben.

Der ...

... die ...

Rechtliche.

Der ...

Der Heberholl in der Trabantenstraße.

Am ...

Amliches Polizeirecht.

Bei der ...

Arbeitsrecht.

Auf ...

Ein ...

Die ...

Werbegerecht.

Die ...

... die ...

... die ...

Aus der Umgehung.

Niederpfeifer ...

In der ...

Gummersdorf bei Bammele.

Freitag ...

Bereitschaften für Freitag.

Deutscher ...

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht.

Die ...

Zschiffengericht.

„Ruppel.“ ...

... die ...

Gewerbe.

In dem ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Die ...

... die ...

Bezirk Kötzschenbroda

Freitag den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Löbnitzer Hof, Niederlöbnitz.

Tages-Ordnung:

1. Galtjahres- und Kassenbericht.
2. Bericht aus dem Kreisvorstand.
3. Rückblick auf die Reichstagswahl.
4. Vereinsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Parteigenossen und -genossinnen erbetet
Die Bezirksleitung.

NE: Sonnabend den 16. Februar großes Fastnachts-Vergnügen unter Mitwirkung des B. Straßewitz-Ensembles mit ausgezeichnetem Programm. Sätze sind bei allen Sonntagstänzlern und Getrunkenspielen in haben.

Turn-Verein Pölsental-Niederhäslich.

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.

Sonntag den 1. Februar

Großer öffentlicher Maskenball

im Gasthof Niederhäslich.

Varieté-Musenhalle

Heute neues Programm!

Das kalte Herz. Charakterbild in 1 Akt.
Das Testament der Tante. Tolle Burleske
Lied der verstorbenen Schwestern.

Sonntag nachmittags ein Kind mit Eltern frei!

Im Ballsaal: Sonntag u. Montag:
Einziger Maskenball d. Dresdner Westens!

Am 1. Februar 1912:

Einziger Maskenball d. Dresdner Westens!
Schönheitsprämien! - Eine artige Dekoration
und Lichter!

Man soll und muß es sehen haben!!

Restaur. Micktner Baubörse.

Wiesen, Domstraße 1. 1. u. 2. Etage. Straße
empf. sehr feines Franzbr. u. deutsches. 80 Biers. 100. Vereinszimmer.
Kasch-Kegelbahn. Saal u. Kegelbahn in Schachklub Halle.

Neu! Neu! Neu!
Restaurant und Café à la Aschinger
Blasewitzer Straße 40.
Ein Schmuckkästchen in der Johannstadt.
Großer Mittagstisch: Suppe, Braten, Kompott 50 Pf.

Kino Leuben

Englisch, außer Dienstag, geöffnet.
Mittwoch und Sonnabend Programmwechsel.
Um recht zahlreichen Besuch bitten.
Die Direktion.

Sobald erschienen:
Emil Rosenow
Gesammelte Dramen
Inhalt:
Daneim - Der balzende Auerhahn - Die im Schatten leben
Kater Lampe - Die Hoffnung des Vaganten (Fragment)
Prinz Friedrich (Fragment)
Preis gebunden 7.50 Mark
Volksbuchhandlung, Grosse Zwingenstraße.

Gibt besten Preisverdienst von Dresden und Umgebung die
regelmäßige Wochenausstellung, das ist das Bildnis von Herrn Gustav
Lange.
Produkten- u. Grünwaren-Geschäft
72 Rosenstraße 72
am heutigen Tage feierlich eröffnet habe. Es wird mein größtes
Vertrauen sein, meine wertvolle Kundenschaft auf das Beste zu bedienen
und Ihre Arbeit um gütigen Beistand.
Mit vorzüglicher Hochachtung
F. Müller.

Tharandt und Umg.
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, amtliche
Parteiliteratur, Inseraten- und Druckaufträge nimmt jederzeit
empfangen
Paul Fiedler, Freiberger Straße 11a.

Ballsäle Deutscher Kaiser Kl. Z.

Leipziger Strasse 112 Dresden-N. Leipziger Strasse 112

Freitag den 26. Januar

Dresdens größter, schönster und amüsantester, öffentlicher

Masken-Ball

Prachtvolle Dekoration, geschaffen von den berühmtesten Meistern

darstellend
Ein Fest in Weiß und Grün.

Zwei Künstlerkapellen spielen ununterbrochen die neuesten Tänze und Märsche.
Anfang 7 Uhr. Demaskierung 11 Uhr. Ende früh 4 Uhr.

Wir empfehlen

Paul Göhre

Die sächsische Volksschule und ihre Reform

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung.

Husten, Heiserkeit
Reichel's
Hustentropfen
mit großer Wirkung und grossen Erfolge
Vor uns mit Marke „Medico“
Kistchen 50 Pf.
Achtung! In Apotheken
Pfeife 25 Pf., 50 Pf.,
Pfeife 10. 20. 30. 40. 50.
Kistchen 10.
Vor nutzlosen Nach-Ämungen
sei dringend gewarnt.
Otto Reichel, Berlin SO.
In Dresden und Limmer end
erschaffen in allen Provinzen



Vilpiner Str. 14. Tel. 3100	Vietenauerstr. 24. Tel. 307
Wienersbleich 13. 4100	Wettinerstraße 17. 167
Engelung Vindemaustraße.	Wienersbleich 43. 173
Kolnerstraße 12. Tel. 288	Wettinerstraße 27. 47
Engelung Berliner Straße.	Zorner Straße 10. 150
2. Apriler Str. 14. Tel. 28	Zornerstraße 5. 207
Klaunstraße 4. 207	Frederikstr. 18. 4114
Wienersbleich 11. Tel. 671	

Kontore und Lagererei: Wöllnitzerstraße 1, Telefon 1834.
In blauerlicher Ware heute wieder direkt von den Baumgärtnern
zu erwarten:

Eine 200-Zentner-Ladung große grüne Heringe

aus Ostpreussen, Gauerntschoten u. s. w. (Neuere gratis)
5 Pfund nur 55 Pf.

die etwa 120 Pf. schwere Original-Hüte 13.50 Pf.
bei mindestens 50 Pf. a 9 Pf. Postlos 1.20 Pf.
Kabljan, (Kabljan) in Gradischen bis 5 Pfund 28 Pf.
bei mindestens 10 Pfund a 22 Pf. Postlos 275 Pf.
Täglich frisch vom Raude:

Kie'er Felpöklinge, H. groß 5 Stück 20 Pf.
Kleiner mit 30 Stück 105 Pf., 10 Kleiner a 100 Pf., 25 Kleiner a 95 Pf.

Echte Schlei-Föcklinge 3 Stück 18 Pf.
Makrel-Pöklinge, H. große 5 Stück 10 Pf.
Flockheringe, hochbeist 5 Stück 12 Pf.
Neue Riesen-Lachsheringe 5 Stück 16 Pf.
Aus eigener Normer-Anstalt, täglich frisch:

La neue Rollheringe
legendarische Berliner Rollheringe, die 4-er-Pack 190 Pf.,
bei 5 Toren a 175 Pf., bei 10 Toren a 170 Pf.
Versand prompt gegen Nachnahme!

Potschappel.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie auf sämtliche
Parteiliteratur, Inserate, Druckaufträge nimmt entgegen

Frauenlobs Buch- und Papier-Handlung

Dresdner Straße 44.

Sohlenleder, Ausschnitt

Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel
Leisten, größte Auswahl, neueste Formen, Gummi-Abfälle,
Gummistift und Lederfett.

Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingenstr. 17
gegenüb. Volkstanzg.

Sich schützen

gegen Erkältung, Schnupfen,
Gruft und Heiserkeit

ist Pflicht!

Chokol.-Kering

und dessen Ästalten.

Gänse

Prima russ. gef. Pfd. 70-75 Pf.
Seldun, do. Pfd. 40-60 Pf.
Kistenweise 12 Stück billiger

Schinken, ger.

weissliche, Aufschnitt a 150 Pf.
Sandsch. a. Korden und Aufschnitt
a Pfd. 110 Pf. in ganzen Schinken.

Max Woll, Dresden A.
Am Zwickauer, Tele. 1058.

Dampfbad

M. A. -
mit Heilbad
M. A. -

Hosen!

Spez. prima recht schwarze und
bedruckte, esp. Leder, Samt- u.
Linnenstoffe - Qualitäten. Bau-
Anzüge, edel farbig, Jacken,
Blusen, Hüte usw. Eigene Fabrik-
ation. Billigste Preise.

E. Donath, Freiberger Str. 2.
Schuhwaren!
Gervan- und Femenstiefel
5.75 Pf.
Wachbleichstr. 2 b.

Rosel Nitzsche

Volkmstr. 13, 1. u. 2. Etage
empfehlen sich den besten Besuchen
zur Anfertigung von Dekorations-
und Verbeerfräusen; auch werden
Dekorationsarbeiten angenommen.

Strohhatmaschinen - Näherinnen

aufser dem Hause sofort geliefert. Vorkaufzahlung jeden Vormittag
Ablieferung täglich ohne Verzögerung.

Georg Miech, Dresden.

Haydnstraße 37, Nähe Tittmannstraße.

Herren-Wäsche

Krawatten, Blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei

E. Köhler, Am See 13

Frauen

gebrauchen bei Eitrungen
Perioden-Pulver
Schachtel a 2.50 Pf. Prospekt gratis
Frau Hennig, Am See 24

Aite Federbetten
Federreinigung Amalienstraße 12.

Kl. Z. Sitzung.

Montag abend 6 Uhr

Vereinigte Schrebergärtner d. Naturheilvereins Pl. Grund

Sonnabend den 27. Januar

Familien-Abend

im großen Saale des
Gasthofs z. Sächs. Wolf, Deuben
Anfang 7 Uhr. Ende 1 Uhr.
Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Freie Turner, Deuben

Sonnabend den 27. Januar
abends 9 Uhr

General-Versammlung

im Gasthof z. Sächs. Wolf
Das Erscheinen aller aktiven u.
passiven Mitglieder ist Pflicht.

WOBSA

Bockbier-Ausshank

Montag bis Sonnabend

Fidele Bier-Musik!

Fischhaus

Gr. Brüdergasse 15/17

Bockbier.

Montag bis Sonnabend

Urfidele Bodmuff

E. Schurigs Restaur.

14 Zittauerstraße 14
Grosser Mittagstisch
Preis: 6.12. Zehlfest
Vorkauf-Lokal der Koenigsstr.

Hafermaltgänse

Pfd. 65 u. 75 Pf., auch geteilt.

Hasen u. i. Fell

Koch- u. Brathühner

Karl Schubert, Oppell-
str. 3.

Kokos-Flocken

Selbmanns Filialen

Leben - Wissen - Kunft

Das ist die Aufgabe der...
...auf der Grundlage der...
...in der Wissenschaft...
...die in diesem Sinne...
...mit dem Ziel...
...zu erreichen...
...zu fördern...
...zu unterstützen...
...zu fördern...
...zu unterstützen...
...zu fördern...
...zu unterstützen...

Unehrlich Volk im alten Sachsen

Wie wir alle nicht gern mit einem unehrlichen Menschen zu tun haben, so überdient und leidet ein solches unehrliches Volk nicht wenig. Man weiß, wie sehr ein solches Volk leidet, wenn man nur den Namen „unehrlich Volk“ hört. Man weiß, wie sehr ein solches Volk leidet, wenn man nur den Namen „unehrlich Volk“ hört. Man weiß, wie sehr ein solches Volk leidet, wenn man nur den Namen „unehrlich Volk“ hört.

Im Jahre 1733 verlor sich die Familie eines Abtades in der Nähe von Dresden. Der Abtade war ein Mann von hohem Stande, der sich in der Provinz Dresden aufhielt. Er hatte eine große Anzahl von Kindern, die er in der Provinz Dresden aufziehen ließ. Die Kinder waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich.

Die Kinder des Abtades waren sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich.

Die Kinder des Abtades waren sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich.

Die Kinder des Abtades waren sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich.

Die Kinder des Abtades waren sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich.

Die Kinder des Abtades waren sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich.

Die Kinder des Abtades waren sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich.

Die Kinder des Abtades waren sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich. Sie waren sehr schön und intelligent, aber sie waren auch sehr unehrlich.

Kleine Mitteilungen

Die Berliner Freie Volkshochschule hat am 20. Januar einen Vortrag gehalten. Der Vortrag war über die Geschichte der deutschen Literatur. Der Vortrag wurde von dem Professor Dr. H. v. S. gehalten.

Die Berliner Freie Volkshochschule hat am 20. Januar einen Vortrag gehalten. Der Vortrag war über die Geschichte der deutschen Literatur. Der Vortrag wurde von dem Professor Dr. H. v. S. gehalten.

Die Berliner Freie Volkshochschule hat am 20. Januar einen Vortrag gehalten. Der Vortrag war über die Geschichte der deutschen Literatur. Der Vortrag wurde von dem Professor Dr. H. v. S. gehalten.

Die Berliner Freie Volkshochschule hat am 20. Januar einen Vortrag gehalten. Der Vortrag war über die Geschichte der deutschen Literatur. Der Vortrag wurde von dem Professor Dr. H. v. S. gehalten.

Die Berliner Freie Volkshochschule hat am 20. Januar einen Vortrag gehalten. Der Vortrag war über die Geschichte der deutschen Literatur. Der Vortrag wurde von dem Professor Dr. H. v. S. gehalten.

Die Berliner Freie Volkshochschule hat am 20. Januar einen Vortrag gehalten. Der Vortrag war über die Geschichte der deutschen Literatur. Der Vortrag wurde von dem Professor Dr. H. v. S. gehalten.

Vollstreckung

Die Vollstreckung der Strafen ist ein wichtiger Bestandteil des Rechtswesens. Sie ist ein Mittel, um die Strafen auszuführen und die Straftäter zu bestrafen. Die Vollstreckung der Strafen ist ein wichtiger Bestandteil des Rechtswesens.

Kleinanzeigen

Die Kleinanzeigen sind ein wichtiger Bestandteil der Werbung. Sie sind ein Mittel, um die Aufmerksamkeit der Leser zu erregen und die Produkte zu verkaufen. Die Kleinanzeigen sind ein wichtiger Bestandteil der Werbung.

Kunstgewerbe

Das Kunstgewerbe ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur. Es ist ein Mittel, um die Schönheit der Welt zu verherrlichen und die Menschen zu erfreuen. Das Kunstgewerbe ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur.

Dresdner Kalender

Der Dresdner Kalender ist ein wichtiger Bestandteil des Jahres. Er enthält die Daten der Tage, die Feiertage und die Ereignisse des Jahres. Der Dresdner Kalender ist ein wichtiger Bestandteil des Jahres.

Jugend-Bildungsverein

Der Jugend-Bildungsverein ist ein wichtiger Bestandteil der Jugendbildung. Er bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, sich weiterzubilden und ihre Talente zu entwickeln. Der Jugend-Bildungsverein ist ein wichtiger Bestandteil der Jugendbildung.

